

Nr. **XIX. GP-NR**
1689 /J
1995 -07- 14

Anfrage

der Abgeordneten Murauer, Mag. Kukacka und Kollegen

an den Bundesminister für Justiz

betreffend Situation in den Strafvollzugsanstalten Österreichs

Die Flucht des Terroristen Chaovali aus der Strafvollzugsanstalt Garsten macht deutlich, daß die Sicherheitssituation in den Gefängnissen neu zu diskutieren ist. Nach dem Ausbruch hat eine Kommission einen Bericht zur Sicherheit in Garsten erstellt. Dieser wird dem Anstaltsleiter nicht zur Verfügung gestellt. Die Strafvollzugsgesetznovelle 1993 erfordert durch einen gelockerten Strafvollzug einen höheren Personalaufwand. Bauliche Mängel, wie sie am ehemaligen Kloster Garsten deutlich werden, die Inhaftierung psychisch gestörter und drogenabhängiger Straffälliger in Justizanstalten ohne besondere Therapiemöglichkeiten, die Kürzung von Überstunden und Einsparungen im Personalstand bringen einschneidende Probleme in der Betreuung und Beaufsichtigung der Inhaftierten mit sich.

In diesem Zusammenhang richten nachstehend unterzeichnete Abgeordnete an den Bundesminister für Justiz folgende

Anfrage:

1. In welcher Form gedenken Sie psychisch gestörte Häftlinge, die aus Sonderanstalten nach Garsten oder in andere Justizanstalten ohne besondere therapeutische Betreuungsmöglichkeiten eingewiesen werden, einer weiteren Behandlung zu unterziehen bzw. gesondert zu inhaftieren?
2. Wird dem durch die Strafvollzugsgesetznovelle 1993 personalintensiveren Strafvollzug durch einen erhöhten Personalstand der Justizwachebeamten Rechnung getragen? Wenn nein, warum nicht?

3. Welche sonstigen organisatorischen und personellen Maßnahmen werden Sie setzen, um die erkennbaren Defizite bei der Umsetzung der Strafvollzugsgesetznovelle 1993 zu beseitigen?
 4. Warum wird der Sicherheitsbericht über die Justizanstalt Garsten nicht dem Anstaltsleiter zur Verfügung gestellt?
 5. Welche Sicherheitsvorkehrungen baulicher und organisatorischer Art sind für Garsten vorgesehen, bewilligt und finanziert?
 6. Was werden Sie gegen die von den Justizwachebeamten als unzureichend empfundene Bewaffnung unternehmen?
 7. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um drogenabhängige Häftlinge einer Entzugstherapie zugänglich zu machen?
-